



DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN

Von
JÖRG ASMUSSEN

Illustration
OTTO

Es gibt kein ökonomisches Modell, das die Kosten eines Brexit ernsthaft erfassen könnte, auch die politischen Folgen für Großbritannien und die Europäische Union sind unkalkulierbar

Europa hat viele echte Probleme: Neben der weiter hohen Zahl an Flüchtlingen zählen dazu die rapide Alterung der Bevölkerung, das verhaltene Wirtschaftswachstum mit hoher Arbeitslosigkeit (vor allem in Südeuropa), die unvollständige Konstruktion der Währungsunion, der fortschreitende Klimawandel, fragile Nachbarstaaten von Libyen bis hin zur Ukraine und die nur aufgeschobene Griechenlandkrise. Der Brexit, das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, gehört nicht dazu. Es ist ein „man made problem“, ein selbst gemachtes Problem.

Um seine innerparteilichen Kritiker zu besänftigen, hat der konservative Premierminister David Cameron ein Referendum über die Zukunft seines Landes in der EU anberaumt, das bekanntlich am 23. Juni stattfinden soll. Für Cameron geht es dabei um viel. Aber um noch viel mehr geht es für Großbritannien, für die Europäische Union und den Westen insgesamt. Über dieses hausgemachte Problem hat die EU viel Zeit und Kraft verloren; beim EU-Gipfel Mitte Februar haben die Staats- und Regierungschefs mehr Aufwand für die Brexit-Diskussionen betrieben als für das Flüchtlingsthema. Das war teilweise der Abwesenheit des türkischen Regierungschefs geschuldet, der wegen eines Terroranschlags sein Land nicht verlassen konnte. Dennoch: Welch eine Fehlallokation von Ressourcen, wenn Staats- und Regierungschefs als Mitspieler in einer Theaterinszenierung für das britische Publikum gebraucht werden.

Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zum Brexit kommt? Die Erhebungen dazu, in denen mal das Stay-Lager vorliegt und mal das Leave-Lager, sind mit Vorsicht zu genießen. Die Umfragen vor der vergangenen britischen Parlamentswahl lagen allesamt falsch. Viele Analysten sehen die Austrittswahrscheinlichkeit bei 30 Prozent, die Briten seien bei aller kultivierten Schrulligkeit ein pragmatisches Volk, das sich für das Bekannte und für die wirtschaftlich bessere Option entscheiden werde. Doch die Unsicherheit über den Ausgang des Referendums rührt nicht nur aus der hohen Zahl der bisher unentschlossenen Wähler, sondern auch aus der Ungewissheit,

worüber sie abstimmen werden: über den von Cameron ausgehandelten Sonderstatus für das Vereinigte Königreich in der EU, der unter anderem das Land von der immer engeren politischen Union ausnimmt, zugewanderte EU-Bürger für einen längeren Zeitraum von Sozialleistungen ausschließen soll, die Rechte der nationalen Parlamente erweitert und das Verhältnis der Länder, die nicht den Euro als Währung nutzen, zur Eurozone klären soll? Oder stimmen sie bei anhaltender Flüchtlingskrise einfach nur aus dem Bauch heraus über das Thema Zuwanderung ab? Es ist zu vermuten: Je emotionaler das Migrationsthema in der Debatte behandelt wird, anstatt nüchtern Kosten und Nutzen einer EU-Mitgliedschaft abzuwägen, desto höher das Risiko eines Brexits.

Was würde ein Brexit bedeuten – für das Vereinigte Königreich und für die anderen EU-Mitgliedstaaten? Ökonomisch ist das kaum zu quantifizieren, oder wie Finanzmarktakteure sagen, „einzupreisen“. Kein Makromodell kann einen solchen Strukturbruch ernsthaft erfassen. Ja, das britische Pfund hat in jüngster Zeit abgewertet, aber ob die Ursache in der gestiegenen Unsicherheit eines möglichen Brexits liegt oder der Ankündigung des Notenbankchefs Mark Carney, die Geldpolitik bei Bedarf weiter zu lockern, bleibt offen.

Zentral für die Wirkungsanalyse ist, welchen Zugang Großbritannien nach einem Ausscheiden zum europäischen Binnenmarkt mit seinen mehr als 500 Millionen Konsumenten hätte (die Hälfte der britischen Exporte geht heute in die EU).



Dieser Zugang müsste nach einem Nein im Referendum neu verhandelt werden – mit offenem Ausgang. Hinzu käme die hohe Unsicherheit für Investoren während dieser Verhandlungszeit. Großbritannien könnte enden wie die Schweiz oder Norwegen, die als Preis für den Binnenmarktzugang fast alle EU-Regeln übernehmen, ohne bei deren Entstehung ein Mitspracherecht zu haben.

BEI GESPRÄCHEN in London hat man den Eindruck, dort würde erwartet, dass sich an diesem Binnenmarktzugang nach einem Nein nichts ändern werde, dass Finanzdienstleister von London aus weiter mit dem sogenannten EU-Pass in allen anderen Mitgliedstaaten Geschäfte machen könnten. Ich halte das für eine falsche Einschätzung. Jede britische Regierung, egal welcher politischen Couleur, hat immer betont, dass der Kern der EU aus ihrer Sicht der Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit sei. Man sollte nicht erwarten, dass der Binnenmarktzugang nach einer bewussten Entscheidung für ein Verlassen eben dieser EU unverändert bliebe. Aus reinem Selbsterhaltungstrieb müssten die verbleibenden EU-Mitgliedstaaten an dieser Stelle hart verhandeln, um mögliche Nachahmer abzuschrecken. Das hat nichts mit einer Bestrafung für das britische Abstimmungsverhalten zu tun. Vielmehr muss deutlich gemacht werden, dass es die Vorteile der EU nur im Paket mit den vermeintlichen Nachteilen gibt. Ein Rosinenpicken darf nicht stattfinden, sonst wird die EU weiter destabilisiert.

Interessant ist, dass sowohl Befürworter wie Gegner eines Brexits wirtschaftliche Argumente ins Feld führen: Für die einen überwiegen die Handelsvorteile mit der EU, für die anderen liegt die Zukunft ohnehin im Handel mit Schwellenländern. Ein Teil des Finanzsektors sieht den EU-Pass als Erfolgsgarant, ein anderer Teil geißelt den Regulierungswahn in Brüssel. Die Krise in Teilen der Eurozone hat die Skepsis auf der Insel gegenüber der Gemeinschaftswährung und der Eurozone als Institution bekräftigt, die EU-Bürokratie wird im Vereinigten Königreich mit noch mehr Unmut gesehen als im Rest der EU.

Die Austrittsgegner in der britischen Wirtschaft warnen vor dem Verlust des Zugangs zum Binnenmarkt und betonen damit Risiken für den Handel; die Austrittsbefürworter erwarten mehr Handel nach einem Austritt. Sie meinen, die gemeinsamen EU-Handelsregeln würden die britische Wirtschaft behindern, man könne in Zukunft passgenauere Handelsregeln vereinbaren und hätte wieder eine eigene Stimme in der Welthandelsorganisation WTO. Offen bleibt aus meiner Sicht, ob die Handelspartner das Vereinigte Königreich weiter mit solcher Priorität behandeln und rasch neue Verträge schließen. Denn es geht ja umgekehrt nur noch um den Zugang zum britischen Markt, nicht mehr zum EU-Binnenmarkt.

Der Finanzsektor, der rund 10 Prozent der britischen Wirtschaftsleistung ausmacht, ist in der Brexit-Frage gespalten: Die großen Banken und Versicherungen werben mehrheitlich für und unterstützen finanziell das Stay-Lager. Sie sind überzeugt, dass nach einem Austritt Geschäftsbereiche aus London verlagert würden, je nach Geschäftszweig nach Dublin, Edinburgh, Zürich, Luxemburg oder Frankfurt. Aber es gibt auch ein anderes Gesicht der City: Hedgefonds mit ihren oft jüngeren Managern sprechen sich lautstark für ein Verlassen der EU aus, um dem „Regulierungswahn“ aus Brüssel, insbesondere den verhassten Bonusbegrenzungen, zu entgehen. Sie träumen von einem Offshore-Finanzzentrum vergleichbar mit Singapur.

Die Großbank Lloyds warnt bei einem Ausscheiden jedoch vor einem „regulatorischen Nirwana“. Es wird oft ein Vergleich gezogen mit der Situation im Jahre 1999, als Großbritannien sich entschied, dem Euro nicht beizutreten. Auch

damals wurden die Konsequenzen für die City leidenschaftlich diskutiert. Als Folge des damaligen Neins ist in der Tat allein das Geschäft mit Bund-Futures nach Frankfurt abgewandert. Aber die Situation ist nicht vergleichbar; für den Erfolg des Finanzplatzes London ist weniger die Zugehörigkeit zur gemeinsamen Währung entscheidend als vielmehr der Zugang zum gemeinsamen Markt.

Ich bin überzeugt, dass ein Verbleib Großbritanniens in der EU sowohl im britischen Interesse ist als auch im Interesse der anderen Europäer. Eine um das Vereinigte Königreich amputierte Europäische Union würde global an Einfluss verlieren, der europäische Binnenmarkt und speziell der Finanzmarkt würden fragmentiert. Ein Ausscheiden mag hier und da ein paar Gewinner hervorbringen, aber insgesamt würden auf allen Seiten die Nachteile überwiegen. Europa wäre kleiner, politisch wie wirtschaftlich. Großbritannien aber wäre noch deutlich kleiner. Nur geteilte Souveränität in Europa kann uns im 21. Jahrhundert globale Mitsprache und Gestaltungsmacht sichern. Das Instrument dafür ist und bleibt die Europäische Union, bei allen Schwächen und Unzulänglichkeiten. Dem Rest Europas würden bei einem Ausscheiden die britische Liberalität, britisches Freihandelsdenken, die Disziplin der Briten bei EU-Haushaltsberatungen und ihre Schlagkraft in der Außenpolitik fehlen.

WENN AM ABEND des 23. Juni der britische Souverän sich für ein Verbleiben in der Europäischen Union ausgesprochen haben sollte, dann könnten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs wieder mit aller Kraft und Energie den wahren Problemen Europas zuwenden. Wenn das Ergebnis anders ausfallen sollte, dürften schwierige Verhandlungen über den neuen Status Großbritanniens beginnen. Zugleich ist zu vermuten, dass Deutschland und Frankreich dann Vorschläge machen werden, um die EU zu stabilisieren und die Eurozone weiter zu integrieren.

Ein Verbleib Großbritanniens in der EU ist sowohl im britischen Inte- resse als auch in dem der an- deren Europäer

Der britische Banker und Kolumnist David Marsh hat zu Recht gesagt: „Unabhängig von Sieg oder Niederlage, von Verbleib oder Austritt, könnte Cameron darüber hinaus aus historischer Sicht vorgehalten werden, das Auseinanderfallen eines Kontinents vorangetrieben zu haben.“ Eine Kettenreaktion wäre womöglich die Folge: Die europafreundlichen Schotten könnten einen erneuten Versuch in die Unabhängigkeit starten, der Friedensprozess in Irland, der unter anderem auf der EU-Mitgliedschaft beider Staaten basiert, könnte ins Stolpern geraten. Im Extremfall könnten andere Staaten dem britischen Weg folgen, zum Beispiel die Niederlande oder Dänemark. Bei einem knappen Votum zum Verbleib könnte es kurz- oder langfristig den Versuch von Nachverhandlungen geben, mit weiterer Unsicherheit eines zweiten Referendums. Unklar ist, ob David Cameron und seine Briten sich über diese Konsequenzen für den ganzen Kontinent im Klaren sind und diese billigend in Kauf nehmen. Oder eben auch nicht.



JÖRG ASMUSSEN war Mitglied im Direktorium der EZB und bis Ende 2015 Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium